

## **„Durchregieren“ muss schleunigst beendet werden**

Kreis Bergstraße/Odenwaldkreis. „Seit der Corona- Pandemie ist umso deutlicher geworden, dass Beteiligung und Mitbestimmung häufig lediglich als lästig, in vielen Fällen sogar als völlig überflüssig erachtet werden“, heißt es in einer vom Gesamtpersonalrat des Schulamtsbezirks Bergstraße/Odenwald, die im Rahmen eines Personalrätetreffens im Mörlenbacher Bürgerhaus von über 100 Personalvertretern aus den Schulen der Region einstimmig verabschiedet wurde. Gefordert wird in der Resolution eine spürbare Erweiterung der personalrätlichen Mitbestimmung.



*(Bild: H. Giebel)*

Die Personalräte begrüßen in der Resolution ausdrücklich das im Koalitionsvertrag der schwarz-grünen Landesregierung zum Ausdruck gebrachte Vorhaben, das Hessische Personalvertretungsgesetz (HPVG) zu novellieren. Bislang seien den Worten aber noch keine Taten gefolgt. Ganz im Gegenteil: Spätestens seit Beginn der Corona-Pandemie sei ein „Durchregieren“ angesagt. „So wurden beispielsweise die Aktualisierungen der Corona-Verordnungen bestenfalls zeitgleich mit deren Erlass, oftmals aber sogar erst nachträglich vorgelegt. Andere Regelungen, etwa zum Schulbetrieb, zur Organisation von Klassenfahrten oder Berufspraktika, wurden ebenfalls nicht immer im Vorfeld mit der Personalvertretung erläutert“, wird in dem Resolutionsschreiben ausgeführt.

Keinerlei personalrätliche Beteiligung habe es ferner in den Bereichen Arbeitsschutz und Arbeitsorganisation gegeben. Auch bei Maßnahmen der konkreten Unterrichtsorganisation im Präsenz-, Hybrid- oder Distanzunterricht in den verschiedenen Schulformen und Jahrgangsstufen seien die Personalräte nicht im Vorfeld kontaktiert worden. „Eine Beteiligung in diesem Bereich hätte möglicherweise die zahlreichen Fehlentscheidungen und das daraus entstandene Chaos deutlich minimiert. Von der größeren Akzeptanz der im Schulwesen Beschäftigten ganz zu schweigen“, so die Personalräte.

Leider zeige sich ein Übergehen der Personalvertretung nicht nur auf der Ebene des Kultusministeriums. Auch einige Schulleitungen stünden dem in nichts nach: „Obwohl an den Schulen selbst noch immer die größten Mitgestaltungsspielräume gegeben sind, wenn die Ministeriumsvorgaben zur Schulorganisation oder die Rahmenhygienepläne umgesetzt werden müssen, trafen einzelne Schulleitungen ihre Entscheidungen, ohne Personalräte oder andere schulische Gremien (Gesamtkonferenz, Schulkonferenz) mit einzubeziehen.“

Außerdem wird in der Resolution darauf hingewiesen, dass die Tätigkeit der Personalräte auf allen Ebenen über die Jahre wesentlich komplexer und zeitaufwendiger geworden sei. „Personalräten in Schulen gerade einmal eine Stunde anzurechnen, steht in keinem Verhältnis zur Aufgabenfülle, die es zu erledigen gilt. Personalräte müssen in der Lage sein, ihren Dienststellenleitungen auf Augenhöhe entgegenzutreten, denn genau dies zeichnet eine gute, moderne und demokratische Schule aus. Dafür bedarf es zahlreiche Möglichkeiten der Beteiligung und die notwendigen Ressourcen“, fordern die Personalräte eine Erhöhung der Entlastungsstunden.

Überdies wird in der Resolution eine volle Mitbestimmung in Personalangelegenheiten gefordert, insbesondere bei der Besetzung von Schulleitungsstellen. Ebenfalls soll die Stellung der Personalräte gestärkt und deren Expertise berücksichtigt werden. Daneben wird unter anderem gefordert, dass in einem novellierten HPVG die Pflicht der umfassenden Einbeziehung und Unterrichtung der Personalräte durch die jeweilige Dienststellenleitung explizit zum Ausdruck gebracht wird, um einer vertrauensvollen Zusammenarbeit auch tatsächlich gerecht zu werden.